



# HESSISCHER LANDTAG

22. 01. 2013

*Zur Behandlung im Plenum  
vorgesehen*

## **Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Steuerehrlichkeit und Steuergerechtigkeit verbessern**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass sich die Steuerpolitik nach dem Prinzip der angemessenen und leistungsgerechten Besteuerung richten muss. Dazu gehört eine progressive Einkommensbesteuerung ebenso wie die Besteuerung von Unternehmensgewinnen und privaten Vermögen. Grundlegend für Steuergerechtigkeit ist neben einem gerechten Steuersystem aber auch die Steuerehrlichkeit. Um diese sicherzustellen, müssen die Steuerbehörden des Landes in der Lage sein, Steuerbetrug auch und besonders dann zu verfolgen, wenn er von Unternehmen professionell und mit erheblicher krimineller Energie betrieben wird.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für eine deutliche Anhebung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer und die Wiedereinführung der Vermögensteuer einzusetzen.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, jährlich 100 zusätzliche Steuerfahnder bzw. Betriebsprüfer bei der hessischen Finanzverwaltung auszubilden und einzustellen.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die personelle und sächliche Ausstattung der Staatsanwaltschaften zu verbessern, um Steuerstrafverfahren zügig und sachgerecht führen zu können.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, den Ankauf von sogenannten Steuer-CDs zu ermöglichen.
6. Der Landtag spricht sich dafür aus, die strafbefreiende Selbstanzeige bei Steuerhinterziehung abzuschaffen, und fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für entsprechende Gesetzesänderungen einzusetzen.
7. Der Landtag lehnt das Steuerabkommen mit der Schweiz in seiner jetzigen Form ab. Ein neues Steuerabkommen mit der Schweiz ist so zu gestalten, dass eine Besteuerung wie in Deutschland vorgenommen wird und die Anonymität der Steuerzahler aufgehoben wird.
8. Der Landtag stellt fest, dass die gewerbsmäßige Beteiligung von Banken an Steuerstraftaten bekämpft und in letzter Konsequenz mit dem Entzug der Banklizenzen geahndet werden muss. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für eine entsprechende Verschärfung des Kreditwesengesetzes einzusetzen.

### **Begründung:**

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 23. Januar 2013

Der Fraktionsvorsitzende:  
**van Ooyen**